

## Veröffentlichungen

### der Finanzmarktaufsichtsbehörde betreffend die Vertragsversicherung

Jahrgang 2006 (82. Jhg.)

Wien, Dezember 2006

#### Gesetze:

1. Finanzmarktaufsichtsänderungsgesetz 2005 (FMA-ÄG 2005)
2. Versicherungsrechts-Änderungsgesetz 2006
3. Genossenschaftsrechtsänderungsgesetz 2006

#### Verordnungen:

4. Änderung der Kapitalanlageverordnung 2002
5. Änderung der VVMGL
6. Gewinnplan-Verordnung - GPVVU
7. Gewinnbeteiligungs-Verordnung – GBVVU
8. Änderung der VerzVVU 2002
9. Änderung der RLVVU

#### Rundschreiben, Mindeststandards und Mitteilungen:

10. Anmeldungen zum Dienstleistungsverkehr im EWR gem. § 16 VAG, Anzeigen von Bestellungen neuer Vorstandsmitglieder
11. Satzungsänderungen und Bestellung/Abberufung von Vorstands und Aufsichtsratsmitgliedern
12. Identitätsfeststellung im Kontext mit Geldwäscherei und Terrorfinanzierung
13. Gewinnbeteiligung von Bonusrentenverträgen
14. Anpassung der Beträge gemäß § 73f Abs. 2 und 3 sowie Anlage D Abschnitt A Z1 VAG

#### Versicherungsunternehmen:

15. Konzessionsangelegenheiten
16. Satzungsänderungen
17. Firmenänderungen
18. Treuhänder
19. Zweigniederlassungen
20. Dienstleistungsverkehr
21. Kleine Versicherungsvereine auf Gegenseitigkeit

## **Gesetze**

- 1.** Bundesgesetz, mit dem das Finanzmarktaufsichtsbehördengesetz, das Bankwesengesetz, das Investmentfondsgesetz, das Immobilien-Investmentfondsgesetz, das Sparkassengesetz, das Bausparkassengesetz, das Hypothekenbankgesetz, das Pfandbriefgesetz, das E- Geldgesetz, das Börsegesetz, das Kapitalmarktgesetz, das Wertpapieraufsichtsgesetz, das Finanzkonglomeratengesetz, das Betriebliche Mitarbeitervorsorgegesetz, das Pensionskassengesetz und das Versicherungsaufsichtsgesetz geändert werden (Finanzmarktaufsichtsänderungsgesetz 2005 - FMA-ÄG 2005), BGBl. I. Nr. 48/2006, kundgemacht am 30. März 2006
  
- 2.** Bundesgesetz, mit dem das Versicherungsvertragsgesetz 1958 und das Versicherungsaufsichtsgesetz geändert werden (Versicherungsrechts-Änderungsgesetz 2006 – VersRÄG 2006), BGBl. I. Nr. 95/2006, kundgemacht am 23. Juni 2006
  
- 3.** Bundesgesetz, mit dem ein Bundesgesetz über das Statut der Europäischen Genossenschaft (Societas Cooperativa Europaea - SCE) – (SCE-Gesetz – SCEG) erlassen wird sowie das Genossenschaftsgesetz, das Rechtspflegergesetz, das Gerichtsgebührengesetz, das Gerichtliche Einbringungsgesetz 1962, das Bankwesengesetz, das Pensionskassengesetz, das Börsegesetz, das Versicherungsaufsichtsgesetz, das Arbeitsverfassungsgesetz, das Bundesgesetz über die Post-Betriebsverfassung, das Arbeits- und Sozialgerichtsgesetz und das Landarbeitsgesetz 1984 geändert werden (Genossenschaftsrechtsänderungsgesetz 2006 – GenRÄG 2006), BGBl. I. Nr. 104/2006, kundgemacht am 26. Juni 2006

## **Verordnungen**

- 4.** Verordnung der Finanzmarktaufsichtsbehörde (FMA), mit der die Kapitalanlageverordnung 2002 geändert wird, BGBl. II Nr. 289/2006, kundgemacht am 1. August 2006
  
- 5.** Änderung der Verordnung der Finanzmarktaufsichtsbehörde (FMA) über Inhalt und Gliederung der versicherungsmathematischen Grundlagen (VVMGL), BGBl. II Nr. 396, kundgemacht am 20. Oktober 2006
  
- 6.** Verordnung der Finanzmarktaufsichtsbehörde (FMA) über Inhalt und Gliederung des Gewinnplans (Gewinnplan-Verordnung – GPVVU), BGBl. II Nr. 397/2006, kundgemacht am 20. Oktober 2006
  
- 7.** Verordnung der Finanzmarktaufsichtsbehörde (FMA) über die Gewinnbeteiligung in der Lebensversicherung (Gewinnbeteiligungs-Verordnung – GBVVU), BGBl. II Nr. 398/2006, kundgemacht am 20. Oktober 2006
  
- 8.** Verordnung der Finanzmarktaufsichtsbehörde (FMA), mit der die Verordnung über die Führung von Verzeichnissen für die zur Bedeckung der versicherungstechnischen Rückstellungen herangezogenen Vermögenswerte durch Unternehmen der Vertragsversicherung (VerzVVU 2002) geändert wird, BGBl. II Nr. 435/2006, kundgemacht am 17. November 2006
  
- 9.** Verordnung der Finanzmarktaufsichtsbehörde (FMA), mit der die RLVVU geändert wird, BGBl. II Nr. 466/2006, kundgemacht am 7. Dezember 2006

## Mindeststandards, Rundschreiben und Mitteilungen

### **10. Anmeldungen zum Dienstleistungsverkehr im EWR gem. § 16 VAG Anzeigen von Bestellungen neuer Vorstandsmitglieder gem. § 11 VAG** (Rundschreiben der FMA vom 10. 2. 2006, FMA-VU000.309/0001-VPR/2006)

Wir erlauben uns darauf hinzuweisen, dass für die Anmeldung zum Dienstleistungsverkehr gem. § 16 VAG in Kürze das anliegende Formular auf unserer Website unter dem nachstehenden Link zur Verfügung steht.

<http://www.fma.gv.at/de/fma/service/formular/versiche/formular.htm>

Wir hoffen, durch diese Vorlage die Anmeldeverfahren wesentlich effektiver gestalten zu können und ersuchen Sie daher, in Hinkunft bei jeder Anmeldung zum Dienstleistungsverkehr dieses Formular zu verwenden.

Darin sind alle zur Anmeldung erforderlichen Informationen enthalten. Einige der Aufsichtsbehörden fordern jedoch abhängig von den anzumeldenden Zweigen zusätzliche Informationen an. Hierüber werden Sie im Einzelfall gesondert von uns in Kenntnis gesetzt.

Weiters machen wir noch einmal auf die Informationen zu den erforderlichen Angaben bei der Bestellung eines neuen Vorstandsmitgliedes aufmerksam, welche auf unserer Website unter dem folgendem Link bereitgestellt sind:

<http://www.fma.gv.at/de/fma/service/formular/versiche/erforder.htm>

Bitte beachten Sie, dass gemäß § 11 Abs. 1 VAG die Bestellung eines neuen Vorstandsmitgliedes nach Tunlichkeit spätestens einen Monat vor, jedenfalls aber unverzüglich nach ihrer Vornahme anzuzeigen ist.

Unter dem angegebenen Link ist auch das Formular „Erklärung für Vorstandsmitglieder von Versicherungsunternehmen“ veröffentlicht, das bei der Bestellung eines neuen Vorstandsmitgliedes vorzulegen ist.

### **11. Rundschreiben zu Satzungsänderungen und Bestellung/Abberufung von Vorstands- und Aufsichtsratsmitgliedern** (Rundschreiben der FMA vom 7. November 2006, FMA-VU000.340/0002-VPR/2006)

Aufgrund gegebener Anlassfälle weist die Finanzmarktaufsichtsbehörde auf Folgendes hin:

1) Änderungen der Satzungen von Versicherungsunternehmen (ausgenommen von reinen Rückversicherern) bedürfen gemäß § 10 VAG der Genehmigung der FMA. Dies gilt auch für Änderungen, die lediglich einer Anpassung an neue Rechtsvorschriften dienen und für Kapitalerhöhungen im Rahmen von genehmigtem Kapital.

Es wird darauf hingewiesen, dass jede Satzungsänderung von reinen Rückversicherern (deren Satzungen gemäß § 2 Abs 2 Z 1 iVm Abs 3 VAG keiner Genehmigungspflicht unterliegen) der FMA anzuzeigen ist.

Die FMA ersucht, der Änderungsanzeige eine Kopie des betreffenden Protokolls, die geänderten Bestimmungen in ihrer neuen sowie alten Fassung und eine allfällige Begründung für die jeweiligen Änderungen beizulegen.

Es wird darauf hingewiesen, dass eine Genehmigung durch Bescheid erst nach erfolgter Beschlussfassung im zuständige Gremium und Vorlage des entsprechenden Protokolls erfolgen kann. Davor besteht allerdings die Möglichkeit, die geplante Satzungsänderung von der FMA auf ihre Genehmigungsfähigkeit durchsehen zu lassen.

2.a) Die Bestellung neuer Vorstandsmitglieder von Versicherungsunternehmen ist gemäß § 11 Abs 1 VAG spätestens einen Monat vor, jedenfalls aber unverzüglich nach ihrer Vornahme der FMA anzuzeigen.

Dies bedeutet in der Praxis, dass die Absicht, eine Person in den Vorstand zu bestellen, einen Monat vor der Aufsichtsratssitzung, in der der Bestellungsbeschluss gefasst werden soll, mitzuteilen ist. Die Meldung unverzüglich nach der Bestellung stellt einen Ausnahmefall dar und ist vom Versicherungsunternehmen entsprechend zu begründen. Die Wirksamkeit der Bestellung ist für die Berechnung der oben genannten Fristen unerheblich.

Mit der Anzeige der Bestellung sind der Lebenslauf, eine Kopie des Meldezettels (sofern ein inländischer Wohnsitz vorliegt), eine (maximal drei Monate alte) Strafregisterbescheinigung sowie die auf der Homepage der FMA - unter <http://www.fma.gv.at> → Anbieter → Versicherungen → Formulare und Informationen - ersichtliche „Erklärung für Vorstandsmitglieder von Versicherungsunternehmen“ (ausgefüllt und vom neu zu bestellenden Vorstandsmitglied unterfertigt) beizulegen.

2.b) Das Ausscheiden von Mitgliedern des Vorstandes ist der FMA ebenso wie die Wahl von Mitgliedern des Aufsichtsrates und das Ausscheiden von Mitgliedern des Aufsichtsrates unverzüglich anzuzeigen. Diese Meldepflicht bezieht sich nicht auf Aufsichtsratsmitglieder, die vom Betriebsrat entsendet werden. Zu melden sind nur neue Mitglieder, die Wiederwahl fällt nicht unter die Meldepflicht. Die FMA ersucht, auch Änderungen des Vorsitzes und der Stellvertretung im Aufsichtsrat bekannt zu geben.

2.c) Der Ordnung halber wird festgehalten, dass die Nichteinhaltung der oben genannten Fristen eine Verwaltungsübertretung gemäß § 107b Abs 1 Z 1 VAG darstellt.

## **12. Identitätsfeststellung im Kontext mit Geldwäscherei und Terrorfinanzierung**

(Rundschreiben der FMA vom 15. November 2006, FMA-VU 000.611/0001-VPR/2006)

### **Vorbemerkungen**

1. Dieses Rundschreiben der Finanzmarktaufsichtsbehörde (FMA) soll Versicherungsunternehmen, die die Lebensversicherung betreiben, als Orientierungshilfe bei der Identitätsfeststellung im Rahmen der Vorschriften des Versicherungsaufsichtsgesetzes (VAG) und anderer relevanter Gesetzesbestimmungen zur Verhinderung von Geldwäsche- und Terrorismusfinanzierung dienen.

2. Dieses FMA-Rundschreiben richtet sich an alle Versicherungsunternehmen im Sinne des Versicherungsaufsichtsgesetzes (VAG) im Rahmen des Betriebs der Lebensversicherung im Inland. Es werden somit alle österreichischen Lebensversicherungsunternehmen, Lebensversicherer aus EWR-Vertragsstaaten, sofern und soweit sie in Österreich im Wege der Dienst- und/oder Niederlassungsfreiheit tätig werden, und österreichische Zweigniederlassungen von Lebensversicherern mit Sitz in Drittstaaten angesprochen.

3. Die zentralen Verpflichtungen der Lebensversicherungsunternehmen im Zusammenhang mit Geldwäscherei und Terrorismusfinanzierung sind die Identifizierung ihrer Versicherungsnehmer, die Einrichtung und Durchführung geeigneter Kontroll- und Mitteilungsverfahren und die Meldung bei Verdacht. Auf das Rundschreiben der FMA zu Kontrollverfahren und Verdachtsmeldungen im Zusammenhang mit Geldwäscherei und Terrorismusfinanzierung vom 16. Dezember 2004 wird hingewiesen.

4. Die Rolle der Lebensversicherungsunternehmen im Zusammenhang mit Geldwäscherei und Terrorismusfinanzierung besteht darin, das Finanzsystem vor Missbrauch zu schützen, indem sie den Fluss krimineller Gelder bzw. Gelder für die Terrorismusfinanzierung so weit wie möglich verhindern, einschränken, und gegebenenfalls nachvollziehbar machen.

5. Die gesetzliche Grundlage für die Identifizierungspflicht stellt die Bestimmung des § 18a VAG idgF dar. Gemeinschaftsrechtlich ist die Richtlinie des Rates vom 10. Juni 1991 zur Verhinderung der Nutzung des Finanzsystems zum Zwecke der Geldwäsche 97/308/EWG in der Fassung der Richtlinie 2001/97/EG von Relevanz („Geldwäsche-Richtlinie“). Des Weiter-

ren ist auf die Empfehlungen und Sonderempfehlungen der FATF (Financial Action Task Force on Money Laundering) hinzuweisen.

6. Dieses FMA-Rundschreiben enthält neben einer Darstellung der relevanten Rechtsgrundlagen wichtige Aspekte aus der Praxis und international üblichen Standards. Die FMA weist in diesem Zusammenhang darauf hin, dass die konkrete Ausgestaltung der Anforderungen den einzelnen Versicherungsunternehmen obliegt und sich insbesondere an deren Art, Größe, Geschäftsstruktur und Risikopotential zu orientieren hat. Die rechtlichen Grundlagen bleiben durch dieses FMA-Rundschreiben jedenfalls unberührt.

7. Für allfällige Rückfragen zu vorliegendem Rundschreiben steht Ihnen die FMA (Mag. Lisa Florkowski, 01/249 59 DW 4203) zur Verfügung.

### **Identifizierungspflicht**

8. Die Feststellung der Identität der Versicherungsnehmer von Lebensversicherungsunternehmen dient der Verhinderung der Nutzung des Finanzsystems zum Zwecke der Geldwäscherei sowie der Bekämpfung der Terrorismusfinanzierung. Durch die persönliche Identifizierung des Versicherungsnehmers werden dessen Kenntnis und eine erhöhte Transparenz gewährleistet. Die Dokumentation stellt die spätere Nachvollziehbarkeit der Transaktionen sicher.

9. Die Pflicht zur Identifizierung des Versicherungsnehmers trifft das Versicherungsunternehmen. Sofern Verträge durch selbständige Vermittler vermittelt werden, kann die tatsächliche Durchführung der Identifizierung durch diese Vermittler erfolgen. In diesem Fall muss sich das Versicherungsunternehmen davon überzeugen, dass die Identifizierung durch den selbständigen Vermittler im Einklang mit den Vorschriften des §18a VAG erfolgt ist und dass alle wesentlichen Informationen und Unterlagen über den Kunden dem Versicherungsunternehmen unverzüglich übermittelt werden. Generell verbleibt die Verantwortung für die Erfüllung der Identifizierungspflicht nach § 18a VAG in jedem Fall beim Versicherungsunternehmen.

### **Identifizierung nach § 18a Abs 1 VAG**

10. Die Identität des Versicherungsnehmers ist festzuhalten

- bei Abschluss eines Versicherungsvertrages, wenn die Jahresprämie 1 000 Euro oder die einmalige Prämie 2 500 Euro übersteigt; wird die Jahresprämie während der Vertragsdauer über 1 000 Euro hinaus angehoben, so ist die Identität ab diesem Zeitpunkt festzuhalten;
- bei Vorliegen eines begründeten Verdachts unbeschadet der Höhe.

Ein begründeter Verdacht liegt insbesondere vor, wenn hinreichende tatsächliche Anhaltspunkte die Annahme der Wahrscheinlichkeit rechtfertigen, dass der Versicherungsnehmer objektiv an Transaktionen mitwirkt, die der Geldwäscherei dienen oder

- der Versicherungsnehmer objektiv an Transaktionen mitwirkt, die Vermögensbestandteile betreffen, die aus einer strafbaren Handlung des Versicherungsnehmers selbst herrühren oder
- der Versicherungsnehmer einer terroristischen Vereinigung angehört oder
- der Versicherungsnehmer objektiv an Transaktionen mitwirkt, die der Terrorismusfinanzierung dienen.

Objektiv bedeutet in diesem Zusammenhang, dass die objektiven Merkmale eines bestimmten Sachverhaltes erfüllt werden, ohne dass aber alle strafrechtlichen Tatbestandselemente auf der subjektiven Seite, wie etwa Verschulden, vorliegen müssen. Unter subjektiver Tatseite ist Vorsatz oder Fahrlässigkeit des Täters in Bezug auf alle objektiven Tatbestandselemente zu verstehen. Das ist vom Versicherungsunternehmen nicht zu prüfen.

Die Identifizierungspflicht bei Verdacht ist unabhängig von der Höhe der Prämie gegeben, also auch dann, wenn die jährliche Prämie unter 1.000 Euro oder die einmalige Prämie unter 2.500 Euro liegt.

11. Die Identität des Versicherungsnehmers ist grundsätzlich beim ersten rechtsgeschäftlichen Kontakt festzuhalten. Die Identifizierung des Bezugsberechtigten – sie ist derzeit nicht gesetzlich vorgeschrieben, wird von der FMA jedoch empfohlen – wird in der Regel nach Abschluss des Versicherungsvertrages erfolgen. Sie sollte jedoch zu oder vor dem Zeitpunkt, an dem die Auszahlung vorgenommen wird bzw. an dem der Begünstigte seine Rechte aus dem Versicherungsvertrag in Anspruch zu nehmen beabsichtigt, erfolgen.

12. Ist Versicherungsnehmer ein Kredit- oder Finanzinstitut, so besteht keine Verpflichtung zur Feststellung seiner Identität, sofern er den Vorschriften der Geldwäsche-Richtlinie oder mit dieser Richtlinie vergleichbaren Anforderungen unterliegt (§ 18a Abs 6 VAG).

13. Die Identität des Versicherungsnehmers ist nicht festzuhalten

- bei Abschluss eines Rentenversicherungsvertrages im Zusammenhang mit Arbeitsverträgen oder der beruflichen Tätigkeit des Versicherten, sofern dieser Vertrag weder eine Rückkaufsklausel enthält noch als Sicherheit für ein Darlehen dienen könnte;
- bei Abschluss anderer Versicherungsverträge, sofern nachgewiesen ist, dass die Zahlung der Prämie über ein Konto des Versicherungsnehmers bei einem Kreditinstitut mit Sitz im EWR abgewickelt wird.

### **Methode der Identitätsfeststellung**

14. Die Identität des Versicherungsnehmers ist durch persönliche Vorlage des Originals seines amtlichen Lichtbildausweises festzustellen (§ 18a Abs 2 VAG). In der Praxis hat sich die Anfertigung von Ausweiskopien sehr bewährt. Dies vermeidet Übertragungsfehler und gibt im Falle von Unklarheiten oder späteren Überprüfungen essentielle Hilfestellungen. Die Vorlage von Kopien oder bloß mündliche Erklärungen reichen keinesfalls aus. Zur Identitätsfeststellung bei Ferngeschäften siehe unten, Punkte 42 ff.

15. „Persönliche Vorlage“ bedeutet, dass zur Identitätsfeststellung ein persönliches Erscheinen des Versicherungsnehmers beim Versicherungsunternehmen oder einem Vertreter des Versicherungsunternehmens oder – im Fall von Punkt 9 zweiter Satz – beim Versicherungsvermittler erforderlich ist.

16. Jedenfalls zur Identifizierung geeignet sind

- Reisepass,
- Personalausweis oder
- Führerschein.

17. Es kommen jedoch auch andere Lichtbildausweise in Frage, sofern die erforderlichen Kriterien erfüllt werden.

18. Das Dokument muss von einer staatlichen Behörde ausgestellt worden sein und hat Folgendes zu enthalten:

- Nicht austauschbares erkennbares Kopfbild,
- Name,
- Geburtsdatum und
- Unterschrift der betroffenen Person sowie die
- Bezeichnung der ausstellenden staatlichen Behörde.

19. In manchen Reisedokumenten, insbesondere aus dem arabischen Raum, ist kein vollständiges Geburtsdatum enthalten. Fehlt dieses Merkmal, weil es nach dem Recht des ausstellenden Staates nicht erforderlich ist, darf das Reisedokument dennoch zur Identifizierung herangezogen werden. Bestehen jedoch Zweifel an der eindeutigen Identifizierbarkeit des Passinhabers, insbesondere wenn jeder Hinweis auf das Alter der betreffenden Person fehlt, so sind weitere Nachforschungen und / oder Nachweise erforderlich.

20. "Nicht austauschbares Kopfbild" bedeutet, dass Ausweise, bei denen das Lichtbild selbst anzubringen ist, nicht zur Identifizierung geeignet sind.

21. Jedenfalls ungeeignet sind folgende Dokumente:

- Fahrausweise für öffentliche Verkehrsmittel,
- Schipass,
- Schülerschein,
- Dokumente ohne Lichtbild.

22. Das Versicherungsunternehmen darf keine Zweifel an der Echtheit der vorgelegten Dokumente haben. Insbesondere bei ausländischen Dokumenten kann es somit im Zweifel erforderlich sein, zusätzliche Nachforschungen anzustellen oder ergänzende Informationen einzuholen, um den Versicherungsnehmer ausreichend zu identifizieren.

## **Vertretung**

Vertretung nicht eigenberechtigter natürlicher Personen

23. Bei Rechtsgeschäften von nicht eigenberechtigten natürlichen Personen (Minderjährige, Pflegebefohlene) ist zunächst die Identität der vertretungsbefugten natürlichen Person (gesetzlicher Vertreter) durch persönliche Vorlage ihres amtlichen Lichtbildausweises festzustellen (siehe oben).

24. Die Identität der Person, in deren Namen das Geschäft erfolgt, sowie das Vorliegen der Vertretungsbefugnis sind anhand geeigneter Bescheinigungen zu überprüfen (§ 18a Abs 2 VAG).

25. Im Interesse einer Praxisgerechtigkeit wird bei der Vertretung Minderjähriger auf Formstrenge verzichtet, wobei jedoch stets die Sorgfaltspflichten zu beachten sind.

26. So wird bei der Identifizierung des vertretenen Minderjährigen zu berücksichtigen sein, dass Kinder häufig noch keinen Lichtbildausweis besitzen. Daher kann jeweils ein altersadäquat übliches Dokument zur Identifizierung herangezogen werden, ausnahmsweise also auch Bescheinigungsmittel, die zur alleinigen Identifizierung nicht geeignet sind. So können hier als Bescheinigung „Pseudo-Ausweise“ herangezogen werden, die sonst zur Identifizierung nicht ausreichend sind, wie z.B. Schülerschein. Bei Kleinkindern wird in der Regel die Geburtsurkunde oder die Eintragung im Reisepass des gesetzlichen Vertreters ausreichen, auch die Vorlage der e-card, um die Identität des Vertretenen zu bescheinigen. Als Bescheinigungsmittel kommen jedoch ausschließlich Dokumente in Betracht. Bloß mündliche Erklärungen reichen keinesfalls aus.

27. Der Vertretungszusammenhang zwischen dem Minderjährigen und seinem gesetzlichen Vertreter wird meist aus der Erklärung des gesetzlichen Vertreters und Zusammenschau der Dokumente des vertretenen Minderjährigen und des Vertreters glaubhaft hervorgehen. In diesem Fall muss kein zusätzliches Dokument den Vertretungszusammenhang belegen, zumal dies in Österreich bei aufrechter Ehe der Eltern nicht vorgesehen ist.

28. Bei mündigen Minderjährigen, die in eigenem Namen handeln, ist eine Identifizierung ausschließlich anhand deren amtlichen Lichtbildausweises vorzunehmen, etwa im typischen Fall eines mündigen Minderjährigen mit eigenem Einkommen, der einen Versicherungsvertrag in eigenem Namen abschließt.

#### Vertretung juristischer Personen

29. Zunächst ist die Identität der vertretungsbefugten natürlichen Person (Organ, Prokurist) durch persönliche Vorlage ihres amtlichen Lichtbildausweises festzustellen (siehe oben).

30. Die Identität der juristischen Person, in deren Namen die Transaktion erfolgt, ist anhand beweiskräftiger Urkunden festzustellen und das Vorliegen der Vertretungsbefugnis durch geeignete Bescheinigungen zu überprüfen (§ 18a Abs 2 VAG).

31. Zur Identitätsfeststellung sind jedenfalls Firma und Sitz der juristischen Person durch beweiskräftige Urkunden festzustellen. Dafür ist grundsätzlich ein Firmenbuchauszug oder ein Auszug aus einem vergleichbaren Register heranzuziehen. Sofern solche Register im Sitzstaat nicht existieren, können ersatzweise auch andere Nachweise – auch in einer Zusammenschau – herangezogen werden, wobei auf landesübliche Standards in zumutbarer Weise zu achten sein wird (z.B. allfällige staatliche Konzessionen, Bestätigung einer Handelskammer-Mitgliedschaft, Bankauskunft, Steuerregistrierungsbestätigung, Hauptversammlungsprotokoll). Die Identität muss in einer Gesamtschau hinreichend sicher feststehen.

32. Die Vertretungsbefugnis ist ebenfalls durch Firmenbuch- bzw. entsprechenden Registerauszug zu bescheinigen. Sofern die Bevollmächtigung nicht im Firmenbuch bzw. Register aufscheint oder kein solches Register im Sitzstaat geführt wird, werden Vollmachten oder Organbestellungsurkunden oder andere Bescheinigungsmittel vorzulegen sein, mit denen die Vertretungsbefugnis nachgewiesen wird.

33. Als Bescheinigungsmittel kommen ausschließlich Dokumente in Betracht. Bloß mündliche Erklärungen, z.B. über das Vorliegen einer Vollmacht, reichen keinesfalls aus.

34. Sofern die landesüblichen Rechtsstandards nicht den österreichischen Bestimmungen entsprechen – insbesondere bei Ländern außerhalb des EWR –, ist entsprechend der Sorgfaltspflicht ein erhöhtes Augenmerk auf die Erreichung der oben genannten Zielsetzungen zu legen.

#### **Treuhandschaft**

35. Wenn Grund zu der Annahme besteht, dass derjenige, der einen Versicherungsvertrag abschließt, als Treuhänder auftritt, so hat ihn das Versicherungsunternehmen aufzufordern, die Identität des Treugebers bekannt zu geben (§ 18a Abs 4 VAG). Derjenige, der einen Versicherungsvertrag abschließt, ist daher aufzufordern, bekannt zu geben, ob er den Versicherungsvertrag auf eigene Rechnung oder als Treuhänder abschließen will.

36. Will derjenige, der einen Versicherungsvertrag abschließt, als Treuhänder tätig werden, so ist zunächst seine Identität durch persönliche Vorlage seines amtlichen Lichtbildausweises festzustellen (siehe oben).



37. Dem Versicherungsunternehmen hat der Treuhänder eine schriftliche Erklärung abzugeben, dass er sich persönlich oder durch verlässliche Gewährspersonen von der Identität des Treugebers überzeugt hat.

38. Verlässliche Gewährspersonen in diesem Sinn sind

- Gerichte und
- sonstige staatliche Behörden,
- Notare,
- Rechtsanwälte und
- Kreditinstitute,

sofern diese nicht ihren amtlichen Wirkungsbereich, Sitz oder Wohnsitz in einem Nicht-Kooperationsstaat (siehe Punkte 46 ff) haben.

39. Dem Versicherungsunternehmen ist seitens des Treuhänders unaufgefordert die Identität des Treugebers nachzuweisen.

40. Der Nachweis der Identität des Treugebers hat bei natürlichen Personen durch Vorlage der Kopie des amtlichen Lichtbildausweises des Treugebers (siehe oben) zu erfolgen. Bei juristischen Personen hat die Identitätsfeststellung durch beweiskräftige Urkunden (siehe oben) stattzufinden.

41. Hat der Versicherungsnehmer oder Treuhänder seinen Sitz oder Wohnsitz in einem Nicht-Kooperationsstaat, gelten Sonderbestimmungen (siehe Punkte 46 ff).

### **Ferngeschäfte**

42. Die Identifikation eines Versicherungsnehmers ist bei Ferngeschäften ohne dessen persönliches Erscheinen zulässig.

43. Unter einem „Ferngeschäft“ ist der Abschluss eines Versicherungsvertrages zu verstehen, bei dem der Versicherungsnehmer oder die für ihn vertretungsbefugte Person nicht persönlich erscheint.

44. Ein persönliches Erscheinen zum Zwecke der Identifikation ist unter folgenden Voraussetzungen nicht erforderlich:

- Die rechtsgeschäftliche Erklärung

o des Versicherungsnehmers, seines gesetzlichen Vertreters oder – bei juristischen Personen – seines vertretungsbefugten Organs erfolgt elektronisch mittels einer sicheren elektronischen Signatur gemäß § 2 Z 3 Signaturgesetz oder

o des Versicherungsunternehmens erfolgt schriftlich mit eingeschriebener Postzustellung an den angegebenen Wohnsitz oder Sitz des Versicherungsnehmers.  
– Dem Versicherungsunternehmen müssen Name, Geburtsdatum und Adresse des Versicherungsnehmers bzw. dessen gesetzlichen Vertreters bekannt sein.  
– Bei juristischen Personen müssen dem Versicherungsunternehmen die Firma und der Sitz bekannt sein. Der Versicherungsnehmer hat schriftlich zu erklären, dass der Sitz zugleich Sitz der zentralen Verwaltung ist.

– Sofern die rechtsgeschäftliche Erklärung des Versicherungsnehmers bzw. seines gesetzlichen Vertreters nicht mittels einer sicheren elektronischen Signatur erfolgt, muss dem Versicherungsunternehmen zum Zeitpunkt des Vertragsabschlusses eine Kopie des amtlichen Lichtbildausweises (siehe oben), bzw. des Lichtbildausweises seines gesetzlichen Vertre-

ters, oder – bei juristischen Personen – des vertretungsbefugten Organs, vorliegen.  
– Liegt der Wohnsitz bzw. Sitz des Versicherungsnehmers außerhalb des EWR, ist eine der beiden folgenden Voraussetzungen zu erfüllen:

o Dem Versicherungsunternehmen liegt eine schriftliche Bestätigung eines Kreditinstituts, das in dauernder Geschäftsverbindung mit dem Versicherungsnehmer steht, über seine Identifizierung im Sinne der Geldwäsche-Richtlinie und darüber, dass die dauernde Geschäftsbeziehung aufrecht ist, vor. Hat dieses Kreditinstitut seinen Sitz außerhalb des EWR, so hat es mit der Geldwäsche-Richtlinie vergleichbaren Anforderungen zu unterliegen.  
o Dem Versicherungsunternehmen liegt eine schriftliche Bestätigung vor, dass eine Identifizierung durch die österreichische Vertretungsbehörde im betreffenden Drittland oder eine anerkannte Beglaubigungsstelle vorgenommen wurde.

– Der Versicherungsnehmer hat seinen Wohnsitz bzw. Sitz nicht in einem Nicht-Kooperationsstaat (siehe Punkte 46 ff).

– Es darf kein begründeter Verdacht bestehen (siehe Punkt 10).

45. Es ist festzuhalten, dass Treuhandschaften und Ferngeschäfte nicht kombinierbar sind. Ist ein Treuhänder eingeschaltet, so muss sich dieser persönlich beim Kreditinstitut identifizieren. Eine Identifizierung im Wege des Ferngeschäfts ist nicht zulässig.

### **Nicht-Kooperationsstaaten**

46. Nicht-Kooperationsstaaten sind jene Staaten, die auf ihrem Territorium oder in ihrem sonstigen Hoheitsbereich nicht die nach internationalen Standards erforderlichen Maßnahmen gegen Geldwäscherei ergreifen. Eine Verletzung internationaler Standards ist insbesondere dann anzunehmen, wenn der Rat der Europäischen Union oder die Financial Action Task Force on Money Laundering entsprechende Beschlüsse gefasst haben.

47. Nicht-Kooperationsstaaten sind jedenfalls solche, die von der Bundesregierung im Einvernehmen mit dem Hauptausschuss des Nationalrats in einer Verordnung bezeichnet werden (§ 78 Abs 8 BWG). Die jeweils aktuelle Verordnung der Bundesregierung gemäß § 78 Abs 8 BWG über die Liste der Nichtkooperationsstaaten ist unter [www.fma.gv.at](http://www.fma.gv.at) abrufbar.

48. Hinsichtlich der Identitätsfeststellung von Versicherungsnehmern mit Sitz oder Wohnsitz in einem Nicht-Kooperationsstaat gemäß Verordnung der Bundesregierung empfiehlt die FMA die analoge Anwendung des § 78 Abs 9 Z 4 BWG:

- Der Versicherungsnehmer hat persönlich beim Versicherungsunternehmen zu erscheinen; die Identifizierung im Rahmen von Ferngeschäften ist daher ausgeschlossen;
- er hat sich anhand eines amtlichen Lichtbildausweises auszuweisen;
- bei Geschäften auf fremde Rechnung gelten diese Erfordernisse sowohl für den Treuhänder als auch für den Treugeber; beide haben also persönlich zu erscheinen und sich mittels amtlicher Lichtbildausweise auszuweisen;
- von den amtlichen Lichtbildausweisen sind jedenfalls Kopien anzufertigen und aufzubewahren (siehe auch Punkt 53).

### **Aufbewahrung**

49. Die Unterlagen, welche zur Identifizierung der Versicherungsnehmer dienen, sind mindestens fünf Jahre nach Beendigung der Geschäftsbeziehung mit diesem Versicherungsnehmer aufzubewahren. Die Belege und Aufzeichnungen sämtlicher Transaktionen sind bis fünf Jahre nach deren Durchführung aufzubewahren. Die Nachvollziehbarkeit der Zahlungsströme soll damit sichergestellt werden (§ 18a Abs 7 VAG).

50. Im Regelfall erstreckt sich die Aufbewahrungspflicht ausschließlich auf die Daten, die zur Identifizierung dienen. Das sind:

- Name (Firma und Sitz),
- Geburtsdatum,
- Art des Dokuments,
- ausstellende Behörde,
- Nummer des vorgelegten Dokuments und
- Ausstellungsdatum.

In der Praxis hat sich die Aufbewahrung von Ausweiskopien sehr bewährt. Dies vermeidet Übertragungsfehler, und gibt im Falle von Unklarheiten oder späteren Überprüfungen essentielle Hilfestellungen.

51. Die Versicherungsunternehmen haben den unverzüglichen Zugriff auf die Identifikationsdaten sowie die Verknüpfung der Vertragsdaten zu den Identifikationsdaten zu gewährleisten, um auf gesetzlich vorgesehene Anfragen der Behörden vollständig und rasch Auskunft geben zu können, ob bzw. welche Art der Geschäftsbeziehung die Unternehmen mit bestimmten natürlichen oder juristischen Personen unterhalten oder während der letzten fünf Jahre unterhalten haben.

52. Bei Erfassung der Daten mittels EDV ist sicherzustellen, dass die Aufbewahrung in einem leicht wiederherstell- und auffindbaren Format erfolgt.

53. Die FMA empfiehlt den Versicherungsunternehmen, von Versicherungsnehmern bzw. Treuhändern, die ihren Sitz oder Wohnsitz in einem Nicht-Kooperationsstaat haben, Kopien von den amtlichen Lichtbildausweisen anzufertigen und aufzubewahren (siehe Punkt 48).

## **Quellenverzeichnis**

54. Rechtliche Grundlagen:

- § 18a VAG
- § 78 Abs 9 BWG: Nicht-Kooperationsstaaten

55. Parlamentarische Materialien:

- Zu BGBl. Nr. 532/1993: NR: GP XVIII RV 1130 AB 1170 S. 127. BR: AB 4571 S. 573;
- zu BGBl. I Nr. 33/2000: NR: GP XXI RV 57 AB 157 S. 30. BR: AB 6119 S. 666.;
- zu BGBl. I Nr. 35/2003: NR: GP XXII RV 32 AB 67 S. 12. BR: 6778 AB 6785 S. 696.

56. Richtlinie 2005/60/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 26. Oktober 2005 zur Verhinderung der Nutzung des Finanzsystems zum Zwecke der Geldwäsche und der Terrorismusfinanzierung, sowie deren Vorgängerrichtlinie, Richtlinie des Rates vom 10. Juni 1991 zur Verhinderung der Nutzung des Finanzsystems zum Zwecke der Geldwäsche 97/308/EWG in der Fassung der Richtlinie 2001/97/EG („Geldwäsche-Richtlinie“).

57. Empfehlungen zur Geldwäschebekämpfung und Sonderempfehlungen zur Bekämpfung der Terrorismusfinanzierung, herausgegeben von der FATF (Financial Action Task Force on Money Laundering, [www.fatf-gafi.org](http://www.fatf-gafi.org)).

58. Rundschreiben der FMA zu Kontrollverfahren und Verdachtsmeldungen im Zusammenhang mit Geldwäscherei und Terrorfinanzierung vom 16. Dezember 2004.

### 13. Rundschreiben zur Gewinnbeteiligung von Bonusrentenverträgen

(Rundschreiben der FMA vom 12. Dezember 2006, FMA-VU000.400/0002-VPM/2006)

#### I. betreffend Differenzierung der Gewinnbeteiligung von Teilbeständen in der Rentenversicherung, insbesondere von sog. Bonusrenten

1. Dieses Rundschreiben erörtert - aus gegebenen Anlässen - das Thema der differenzierten Gewinnbeteiligung innerhalb eines Rentenversicherungsbestands. Da Rentenversicherte auf eine Benachteiligung (sofern sie davon überhaupt erfahren) mit wirtschaftlich vernünftigen Mitteln nicht reagieren können, sieht es die FMA als erforderlich an darauf zu achten, dass kein Teilbestand der Rentenversicherung durch eine geringere Gewinnbeteiligung benachteiligt wird (vgl. § 104 VAG).
2. Grundsätzlich hat die Gesamtverzinsung eines Rentenversicherungsbestands einheitlich zu sein. Weisen Teile innerhalb eines Rentenversicherungsbestands eine höhere Gesamtverzinsung als der restliche Bestand auf, geht die FMA von einer unzulässigen Begünstigung eines Teils der Rentenversicherten iSd § 104 VAG aus. Eine unterschiedliche Behandlung gleichartiger Rentenversicherungsverträge kann nur durch eine entsprechende sachliche Begründung gerechtfertigt werden (siehe dazu das Rundschreiben der FMA vom 7. Dezember 2005, GZ 9 000 110/7-FMA-II/1/05); unterschiedliche biometrische Grundlagen stellen eine solche Rechtfertigung dar.
3. Allein der Umstand, dass Kundengruppen zu unterschiedlichen Zeitpunkten Versicherungsverträge abgeschlossen haben, rechtfertigt eine Differenzierung nicht. Ebenso wenig kann eine Differenzierung darauf gestützt werden, dass ein Teilbestand mit bestimmten Vermögenswerten hinterlegt sei, aus denen sich eine höher Verzinsung ergibt, da es in der klassischen Lebensversicherung keine direkte Zuordnung von Vermögenswerten zu einzelnen Versicherungsverträgen gibt.
4. Eine weitergehende Differenzierung kann nur kurzfristig und im kleinen Rahmen akzeptiert werden.
5. Bei Versicherungsvereinen auf Gegenseitigkeit ist darüber hinaus das Gleichbehandlungsgebot des § 33 Abs 3 VAG zu beachten, nach dem Leistungen des Vereins aufgrund des Mitgliedschaftsverhältnisses bei gleichen Voraussetzungen nur nach gleichen Grundsätzen bemessen sein dürfen.

#### II. betreffend Ablebensleistung in der fonds- und indexgebundenen Lebensversicherung

Die FMA hält fest, dass bei fonds- und indexgebundenen Lebensversicherungen, die eine Kapitalleistung im Erlebensfall vorsehen, während der gesamten Laufzeit ein wesentliches versicherungstechnisches Risiko vorhanden sein muss. Im Ablebensfall muss zumindest ein Risikokapital in Höhe von 5% der Deckungsrückstellung enthalten sein; dies wäre beispielsweise erfüllt, wenn 105% des aktuellen Werts des der fonds- oder indexgebundenen Lebensversicherung zu Grunde liegenden Vermögenswerts zur Auszahlung kommen

#### **14. Rundschreiben betreffend Anpassung der Beträge gemäß § 73f Abs. 2 und 3 sowie Anlage D Abschnitt A Z 1 VAG**

(Rundschreiben der FMA vom 22. Dezember 2006, FMA-VU000.601/0001-VPN/2006)

Mit Kundmachung des Bundesministers für Finanzen vom 21. Dezember 2006, BGBl. II Nr. 499 wurden die Beträge gemäß § 73f Abs. 2 und 3 VAG (Mindestgarantiefonds) sowie der Anlage D Abschnitt A Z 1 VAG (Schwellenwerte zur Ermittlung des variablen Eigenmittelerfordernisses in der Nicht-Lebensversicherung) per 1. Jänner 2007 geändert. Diese Beträge lauten somit wie folgt:

- Mindestgarantiefonds bei Versicherungsunternehmen, die ausschließlich die Lebensversicherung betreiben: 4,3 Millionen Euro
- Mindestgarantiefonds bei Versicherungsunternehmen, die ausschließlich die Krankenversicherung betreiben: 3,8 Millionen Euro
- Mindestgarantiefonds bei Versicherungsunternehmen, die ausschließlich die Schaden- und Unfallversicherung betreiben: 4,3 Millionen Euro bzw. 3,2 Millionen Euro bei Reduktion gemäß § 73f Abs 3 VAG
- Mindestgarantiefonds bei Versicherungsunternehmen, die das Versicherungsgeschäft in mehr als einer Bilanzabteilung betreiben:
  - für die Lebensversicherung: 3,8 Millionen Euro
  - für die Krankenversicherung: 2,7 Millionen Euro
  - für die Schaden- und Unfallversicherung: 3,8 Millionen Euro bzw. 2,7 Millionen Euro bei Reduktion gemäß § 73f Abs 3 VAG
- Reduktion gemäß § 73f Abs 3 VAG: Bei Versicherungsunternehmen, die die Schaden- und Unfallversicherung mit Ausnahme der Versicherungszweige Haftpflicht für Landfahrzeuge mit eigenem Antrieb, Luftfahrzeug-Haftpflicht, See-, Binnensee- und Flussschiffahrts-Haftpflicht, Allgemeine Haftpflicht, Kredit und Kautions (Z 10 bis 15 der Anlage A) betreiben, verringert sich der Mindestgarantiefonds um 1,1 Millionen Euro.
- Schwellenwerte gemäß Anlage D Abschnitt A Z 1 lit. a und b VAG zur Ermittlung des variablen Eigenmittelerfordernisses in der Nicht-Lebensversicherung: 53,1 Millionen Euro bzw. 37,2 Millionen Euro

Nachdem die Kundmachung noch im Dezember 2006 erfolgte, sind diese Beträge gemäß § 73f Abs. 5 und Anlage D Abschnitt A Z 1 VAG bereits ab 1. Jänner 2007 anzuwenden.

Sie werden daher ersucht, der Finanzmarktaufsichtsbehörde

bis Montag, den 12. Februar 2007

eine schriftliche Darstellung der Eigenmittelsituation Ihres Unternehmens (Gegenüberstellung von anrechenbaren Eigenmitteln und Eigenmittelerfordernis, getrennt nach Bilanzabteilungen) sowohl zum 31. Dezember 2006 als auch zum 1. Jänner 2007 zu übermitteln. Gemäß § 73 b Abs. 1 VAG ist das Eigenmittelerfordernis jederzeit zu erfüllen. Auf die gemäß § 104a VAG zu setzenden Maßnahmen im Falle einer unzureichenden Eigenmittelausstattung wird hingewiesen.

# Versicherungsunternehmen

## 15. Konzessionsangelegenheiten

### Zusätzliche Versicherungszweige

Europäische Reiseversicherung AG

Erweiterung der Konzession auf den gesamten Versicherungszweig 1. Unfall  
(18. April 2006, FMA-VU131.300/0001-VPR/06)

OeKB Versicherung AG

Erweiterung der Konzession auf den gesamten Versicherungszweig 14. Kredit  
(31. Mai 2006, FMA-VU102.300/0001-VPR/06)

Erste n.oe. Brandschaden-Versicherungsaktiengesellschaft

Erweiterung der Konzession auf den gesamten Versicherungszweig 21. fonds- und indexgebundene Lebensversicherung  
(21. November 2006, FMA-VU129.300/0001-VPR/06)

Helvetia Schweizerische Versicherungs-Gesellschaft Direktion für Österreich

Erweiterung der Konzession auf den Versicherungszweig 10, eingeschränkt auf die Frachtführer-Haftung  
(7. November 2006, FMA-VU138.300/0001-VPR/06)

### Neudefinition der Konzession

D.A.S. Allgemeine Rechtsschutz-Versicherungs-AG

die bisherige Zulassung zum Betrieb der Versicherungszweige 1, 3 und 16 gilt künftig als Zulassung zum Betrieb des Versicherungszweiges 18. Beistandsleistungen  
(17. August 2006, FMA-VU124.435/0001-VPR/06)

## 16. Satzungsänderungen

P.S.K. Versicherung AG

Änderung des § 1  
(2. Jänner 2006, FMA-VU146.340/0001-VPR/2005)

Coface Austria Kreditversicherung AG

Änderung des § 1  
(2. Jänner 2006, FMA-VU152.340/0002-VPR/2005)

Nürnberger Versicherung AG Österreich

Änderung des § 6  
(14. Februar 2006, FMA-VU185.340/0001-VPR/2006)

Tiroler Landes-Versicherungsanstalt V. a. G.

Änderung der §§ 1-3, 5, 7, 9-17, 19, 20, 24 und 26  
(29. März 2006, FMA-VU159.340/0001-VPR/2006)

Collegialität V. a . G.

Änderung der §§ 12, 14, 17 und 27  
(16. Mai 2006, FMA-VU120.340/0001-VPR/2006)

Europäische Reiseversicherung AG

Änderung des §2  
(19. Mai 2006, FMA-VU131.340/0002-VPR/2006)

Donau Allgemeine Versicherungs-AG

Änderung der §§ 14, 15, 21 und 23  
(19. Mai 2006, FMA-VU126.340/0001-VPR/2006)

Garant Versicherungs-AG

Änderung der §§ 4,6,7,9,10-12,17-19  
(23. Mai 2006, FMA-VU132.340/0001-VPR/2006)

Wiener Städtische Allgemeine Versicherung Aktiengesellschaft

Änderung der §§ 1, 4, 15  
(1. Juni 2006, FMA-VU173.340/0001-VPR/2006)

Wiener Städtische Wechselseitige

Änderung der §§ 14 und 17  
(12. Juni 2006, FMA-VU192.340/0001-VPR/2006)

Österreichische Hagelversicherung VVaG

Änderung der §§ 8, 9 und 12  
(13. Juni 2006, FMA-VU151.340/0001-VPR/2006)

Erste n.oe. Brandschaden VersicherungsAG

Änderung des § 7  
(13. Juni 2006, FMA-VU129.340/0002-VPR/2006)

Merkur Wechselseitige Versicherungsanstalt – Vermögensverwaltung

Änderung der §§ 6, 13, 20, 24, 27, 28, 31, 32 und 40  
(19. Juni 2006, FMA-VU143.340/0002-VPR/2006)

Der Anker Allgemeine Versicherungs-AG

Änderung des § 1  
(3. Juli 2006, FMA-VU123.340/0001-VPR/2006)

Prisma Kreditversicherung-AG

Änderung der §§ 9,11 und 14  
(3. Juli 2006, FMA-VU148.340/0001-VPR/2006)

Österreichische Beamtenversicherung Versicherungsverein auf Gegenseitigkeit

Änderung des § 14  
(5. Juli 2006, FMA-VU150.340/0001-VPR/2006)

HDI Hannover Versicherung AG

Änderung der §§ 2,11  
(25. August 2006, FMA-VU164.340/0001-VPR/2006)

Wüstenrot Versicherungs-AG

Änderung des § 4  
(25. September 2006, FMA-VU176.340/0001-VPR/2006)

Wiener Städtische Versicherungsanstalt – Vermögensverwaltung  
Änderung der §§1, 3, 4, 5, 14, 15, 18, 25  
(17. Oktober 2006, FMA-VU192.340/0002-VPR/2006)

## **17. Firmenänderungen:**

Postversicherung AG

Änderung der Firma auf:

P.S.K. Versicherung AG

(2. Jänner 2006, FMA-VU146.340/0001-VPR/2005)

Österreichische Kreditversicherung Coface AG

Änderung der Firma auf:

Coface Austria Kreditversicherung AG

(2. Jänner 2006, FMA-VU152.340/0002-VPR/2005)

Tiroler Landes-Versicherungsanstalt V. a. G.

Änderung der Firma auf:

Tiroler Versicherung V.a.G.

(29. März 2006, FMA-VU159.340/0001-VPR/2006)

Wiener Städtische Allgemeine Versicherung Aktiengesellschaft

Änderung der Firma auf:

Wiener Städtische Versicherung AG Vienna Insurance Group

(1. Juni 2006, Z FMA-VU173.340/0001-VPR/2006)

Der Anker Allgemeine Versicherungs-AG

Änderung der Firma auf:

Helvetia Versicherungen AG

(3. Juli 2006, FMA-VU123.340/0001-VPR/2006)

## **18. Treuhänderbestellungen**

CALL DIRECT Versicherung AG

Zum Treuhänder wurde bestellt: Mag. Günther Neubauer

Zum Treuhänder-Stellvertreter wurde bestellt: Mag. Volker Enzi

(17. März 2006, Z FMA-VU191.380/002-VPL/2006)

Uniqa Sachversicherung AG

Zum Treuhänder wurde bestellt: Mag. Roland Mössler

(25. April 2006, Z FMA-VU125.380/0002-VPL/2006)

WIENER STÄDTISCHE Versicherung AG Vienna Insurance Group

Zum Treuhänder wurde bestellt: Mag. Oskar Ulreich

(6. Juni 2006, Z FMA-VU173.380/2-VPL/2006)

MuKi Versicherungsverein auf Gegenseitigkeit

Zum Treuhänder wurde bestellt: Mag. Constantin Christiani

(12. Juni 2006, Z FMA-VU101.380/2-VPL/2006)

Tiroler Versicherung V. a. G.

Zur Treuhänderin wurde bestellt: Mag. Tamara Berlakovich

(12. Juni 2006, Z FMA-VU159.380/2-VPL/2006)



Salzburger Landes-Versicherung Aktiengesellschaft  
Zur Treuhänderin wurde bestellt: Mag. Sabine Balogh-Preininger  
(21. Juni 2006, Z FMA-VU157.380/2-VPL/2006)

Sparkassen Versicherung Aktiengesellschaft  
Zum Treuhänder wurde bestellt: DI Dr. Peter Baumann  
(30. Juni 2006, Z FMA-VU127.380/2-VPL/2006)

Uniqa Personenversicherung AG  
Zur Treuhänder-Stellvertreterin wurde bestellt: Mag. Katharina Pradler  
(28. Dezember 2006, Z FMA-VU116.380/2-VPL/2006)

Basler Versicherungs-Aktiengesellschaft in Österreich  
Zur Treuhänderin wurde bestellt: Mag. Margarete Sinabell  
(28. Dezember 2006, Z FMA-VU118.630/2-VPL/2006)

Drei-Banken Versicherungs-Aktiengesellschaft  
Zum Treuhänder wurde bestellt: Mag. Erich Kruschitz  
Zur Treuhänder-Stellvertreterin wurde bestellt: Mag. Teresa Bum  
(28. Dezember 2006, Z FMA-VU119.380/2-VPL/2006)

Helvetia Versicherungen AG  
Zur Treuhänderin wurde bestellt: Mag. Karin Harreither  
(28. Dezember 2006, Z FMA-VU123.380/2-VPL/2006)

Uniqa Sachversicherung AG  
Zur Treuhänderin wurde bestellt: Karin Ruis  
(28. Dezember 2006, Z FMA-VU125.380/4-VPL/2006)

Generali Versicherung AG  
Zum Treuhänder wurde bestellt: Mag. Patrick Darlap  
Zum Treuhänder-Stellvertreter wurde bestellt: Dr. Kurt Bartl  
(28. Dezember 2006, Z FMA-VU128.380/3-VPL/2006)

Generali Versicherung AG  
Zur Treuhänder-Stellvertreterin wurde bestellt: Mag. Karin Bilzer  
(28. Dezember 2006, Z FMA-VU128.380/3-VPL/2006)

Grazer Wechselseitige Versicherung Aktiengesellschaft  
Zur Treuhänder-Stellvertreterin wurde bestellt: Dr. Birgit Strauss  
(28. Dezember 2006, Z FMA-VU135.380/2-VPL/2006)

Hypo Versicherung AG  
Zum Treuhänder wurde bestellt: Mag. Matthias Klinger  
(28. Dezember 2006, Z FMA-VU140.380/2-VPL/2006)

Kärntner Landesversicherung auf Gegenseitigkeit  
Zum Treuhänder-Stellvertreter wurde bestellt: Mag. Helmut Mosser  
(28. Dezember 2006, Z FMA-VU141.380/2-VPL/2006)

Zürich Versicherungs-Aktiengesellschaft  
Zum Treuhänder-Stellvertreter wurde bestellt: Hannes Piribauer  
(28. Dezember 2006, Z FMA-VU142.380/2-VPL/2006)

Merkur Versicherung Aktiengesellschaft

Zum Treuhänder wurde bestellt: Mag. Patrick Darlap  
(28. Dezember 2006, Z FMA-VU145.380/2-VPL/2006)

Salzburger Landes-Versicherung Aktiengesellschaft

Zum Treuhänder-Stellvertreter wurde bestellt: Jörg-Dieter Habler  
(28. Dezember 2006, Z FMA-VU157.380/4-VPL/2006)

Tiroler Versicherung V. a. G.

Zum Treuhänder wurde bestellt: Dkfm. Dr. Jürgen Bauer  
Zum Treuhänder-Stellvertreter wurde bestellt: MMag. Jürgen Krausz  
(28. Dezember 2006, Z FMA-VU159.380/4-VPL/2006)

Union Versicherungs-Aktiengesellschaft

Zum Treuhänder-Stellvertreter wurde bestellt: Mag. Wolf Kapfer  
(28. Dezember 2006, Z FMA-VU160.380/2-VPL/2006)

Vorarlberger Landes-Versicherung V. a. G.

Zum Treuhänder wurde bestellt: Dr. Oliver Schütz  
(28. Dezember 2006, Z FMA-VU167.380/3-VPL/2006)

Oberösterreichische Versicherung Aktiengesellschaft

Zum Treuhänder wurde bestellt: MMag. Lucia Hummer-Mair  
(28. Dezember 2006, Z FMA-VU169.380/2-VPL/2006)

Allianz Elementar Versicherungs-Aktiengesellschaft

Zum Treuhänder wurde bestellt: Gerhard Köpf  
Zur Treuhänder-Stellvertreterin: Angela Stumwöhrer  
(28. Dezember 2006, Z FMA-VU171.380/2-VPL/2006)

Wiener Städtische Versicherung AG Vienna Insurance Group

Zur Treuhänder-Stellvertreterin wurde bestellt: Mag. Nicole Plankenbüchler  
(28. Dezember 2006, Z FMA-VU173.380/4-VPL/2006)

APK-Versicherung Aktiengesellschaft

Zum Treuhänder-Stellvertreter wurde bestellt: Mag. Timo Broszeit  
(28. Dezember 2006, Z FMA-VU177.380/2-VPL/2006)

Nürnberger Versicherung Aktiengesellschaft Österreich

Zum Treuhänder wurde bestellt: Norbert Csukovits  
(28. Dezember 2006, Z FMA-VU185.380/2-VPL/2006)

Bank Austria Creditanstalt Versicherung AG

Zum Treuhänder wurde bestellt: Mag. Wolfgang Pechriggl  
(28. Dezember 2006, Z FMA-VU187.380/2-VPL/2006)

Skandia Leben AG Lebensversicherungs-Aktiengesellschaft

Zum Treuhänder-Stellvertreter wurde bestellt: Franz Holzinger  
(28. Dezember 2006, Z FMA-VU195.380/2-VPL/2006)

## **19. Zweigniederlassungen von Unternehmen aus EWR-Ländern**

### **Neuerrichtungen**

ROLAND Rechtsschutz-Versicherungs-AG Direktion für Österreich, Köln  
Errichtung einer Zweigniederlassung in 1030 Wien, Am Heumarkt 7  
für den Betrieb des Versicherungszweigs 17  
Hauptbevollmächtigter: Thomas H. Mock  
(23. Mai 2006, Z FMA-VU333.306/0001-VPR/2006)

## **20. Dienstleistungsverkehr von Versicherungsunternehmen mit Sitz im EWR**

### **20. 1. Neuanmeldungen**

GAI International Insurance, Dublin  
Versicherungszweige: 8, 9, 15 und 16  
(5. Jänner 2006, Z FMA-VU1236.308/0001-VPR/2005)

Electric Insurance Ireland Ltd., Dublin  
Versicherungszweig: 13  
(25. Jänner 2006, Z FMA-VU1244.308/0001-VPR/2006)

Electro Assurances S.A., Luxemburg  
Versicherungszweige: 7, 8, 9, 13, 14 und 16  
(25. Jänner 2006, Z FMA-VU1241.308/0001-VPR/2005)

IMA Assurances, Paris  
Versicherungszweig: 18  
(25. Jänner 2006, Z FMA-VU1249.308/0001-VPR/2006)

Falcon Insurance Ltd., Floriana  
Versicherungszweige: 8, 9, 13 und 16  
(3. Februar 2005, Z FMA-VU1243.308/0001-VPR/2006)

Sun Insurance Office Ltd., London  
Versicherungszweige: 1, 7, 8, 9, 13, 15 und 18  
(15. Februar 2006, Z FMA-VU1245.308/0001-VPR/2006)

Royal & Sun Alliance Assurance (Global Ltd.), London  
Versicherungszweige: 1, 3, 4, 7, 8, 9, 13, 15 und 16  
(15. Februar 2006, Z FMA-VU1246.308/0001-VPR/2006)

Irish Dairy Board Insurance Ltd., Dublin  
Versicherungszweig: 13  
(15. Februar 2006, Z FMA-VU1248.308/0001-VPR/2006)

Hannoversche Lebensversicherung AG, Hannover  
Versicherungszweige: 19, 21 und 23  
(22. Februar 2005, Z FMA-VU1256.308/0001-VPR/2006)

Lansen Försäkringsaktiebolag, Linköping  
Versicherungszweige: 5-9, 11-18  
(28. Februar 2006, Z FMA-VU1252.308/0001-VPR/2006)

Exporters Insurance Company (Europe) Ltd., London  
Versicherungszweig: 14  
(28. Februar 2006, Z FMA-VU1253.308/0001-VPR/2006)

AIG Life (Ireland) Limited, Dublin  
Versicherungszweige: 19 und 24  
(6. März 2006, Z FMA-VU1257.308/0001-VPR/2006)

Towarzystwo Ubezpieczen ALLIANZ Polska S.A., Warschau  
Versicherungszweige: 1-18  
(6. März 2006, Z FMA-VU1242.308/0001-VPR/2006)

SLLC Limited, Edinburgh  
Versicherungszweige: 19, 21 und 24  
(6. März 2006, Z FMA-VU1258.308/0001-VPR/2006)

Standard Life Healthcare Limited, Surrey  
Versicherungszweige: 1 und 2  
(6. März 2006, Z FMA-VU1255.308/0001-VPR/2006)

HCC International Insurance Company plc, Leicester  
Versicherungszweige: 1-18  
(6. März 2006, Z FMA-VU1254.308/0001-VPR/2006)

Sompo Japan Insurance Company of Europe Limited, Milan  
Versicherungszweige: 1, 2, 7, 8, 9, 13 und 16  
(4. April 2006, Z FMA-VU1259.308/0001-VPR/2006)

Tenecom Limited, London  
Versicherungszweig: 13  
(11. April 2006, Z FMA-VU1260.308/0001-VPR/2006)

Sopockie Towarzystwo Ubezpieczen Ergo Hestia S.A., Sopot  
Versicherungszweige: 1, 2, 4, 5, 6, 7, 8, 9, 11, 12, 13, 14, 15, 16, 17, 18  
(19. April 2006, Z FMA-VU1261.308/0001-VPR/2006)

Fuji International Insurance Company Limited, London  
Versicherungszweige: 1, 3, 4, 5, 6, 7, 8, 9, 11, 12, 13, 14, 15, 16 und 18  
(26. April 2006, Z FMA-VU1262.308/0001-VPR/2006)

Momentum Leben AG, Vaduz  
Versicherungszweige: 1 und 3  
(8. Mai 2006, Z FMA-VU1263.308/0001-VPR/2006)

M.E.L.E.S. Insurance A/S, Kopenhagen  
Versicherungszweige: 7 und 13  
(8. Mai 2006, Z FMA-VU1264.308/0001-VPR/2006)

Nordisk Flyforsikring A/S, Kopenhagen  
Versicherungszweige: 1, 5, 7, 11 und 13  
(9. Mai 2006, Z FMA-VU1266.308/0001-VPR/2006)

Swiss Reinsurance Company UK Limited, London  
Versicherungszweige: 1, 2, 3, 4, 5, 6, 7, 8, 9, 11, 12, 13, 14, 15, 16, 17(c), 18  
(9. Mai 2006, Z FMA-VU1267.308/0001-VPR/2006)

WWK Lebensversicherung a.G., München  
Versicherungszeitung: 19  
(16. Mai 2006, Z FMA-VU1269.308/0001-VPR/2006)

Alliance Assurance Company Ltd, London  
Versicherungszeitung: 1, 7, 8, 9 und 13  
(17. Mai 2006, Z FMA-VU1271.308/0001-VPR/2006)

The London Assurance, West Sussex  
Versicherungszeitung : 1, 7, 8, 9 und 13  
(17. Mai 2006, Z FMA-VU1272.308/0001-VPR/2006)

Sun Alliance Insurance UK Ltd, London  
Versicherungszeitung : 1, 7, 8, 9 und 13  
(17. Mai 2006, Z FMA-VU1273.308/0001-VPR/2006)

British Engine Insurance Ltd., West Sussex  
Versicherungszeitung: 1, 7, 8, 9 und 13  
(18. Mai 2006, Z FMA-VU1270.308/0001-VPR/2006)

Autohome Magyarorszag Biztisito Egyesület, Budapest  
Versicherungszeitung: 18  
(9. Juni 2006, Z FMA-VU1274.308/0001-VPR/2006)

Rhion Versicherung AG, Neuß  
Versicherungszeitung: 1, 2, 6, 7, 8, 9, 13, 16  
(12. Juni 2006, Z FMA-VU1275.308/0001-VPR/2006)

Towarzystwo Ubezpieczen Euler Hermes S.A., Warschau  
Versicherungszeitung: 14  
(13. Juni 2006, Z FMA-VU1276.308/0001-VPR/2006)

NRG London Reinsurance Company Limited, Kent  
Versicherungszeitung: 4, 5, 8, 9, 11, 13, 15, 16, 17  
(13. Juni 2006, Z FMA-VU1279.308/0001-VPR/2006)

Ambac Assurance UK Limited, London  
Versicherungszeitung: 14, 15 und 16  
(4. Juli 2006, Z FMA-VU1268.308/0003-VPR/2006)

Uzdaroji akcine bendrove draudimo jmone „BTA draudimas“, Vilnius  
Versicherungszeitung: 1, 2, 3, 5, 6, 7, 8, 9, 11, 12, 13, 15 und 16  
(11. Juli 2006, Z FMA-VU1278.308/0001-VPR/2006)

Argenta Life Luxemburg SA, Luxemburg  
Versicherungszeitung: 19, 20, 21, 23 und 25  
(17. Juli 2006, Z FMA-VU1280.308/0001-VPR/2006)

ERSTE SPARKASSEN Zrt., Budapest  
Versicherungszeitung: 19  
(17. Juli 2006, Z FMA-VU1281.308/0001-VPR/2006)

Kravag-Logistic Versicherungs-Aktiengesellschaft, Hamburg  
Versicherungszeitung: 3, 4, 6, 7, 8, 9, 10 und 16  
(26. Juli 2006, Z FMA-VU1283.308/0001-VPR/2006)

Schweizerische National-Versicherungs-Gesellschaft, Vaduz  
Versicherungsbranche: 7, 8, 9, 16, 10  
(26. Juli 2006, Z FMA-VU1282.308/0001-VPR/2006)

ENI Insurance Limited, Dublin  
Versicherungsbranche: 6-9, 12, 13 und 16  
(27. Juli 2006, Z FMA-VU1284.308/0001-VPR/2006)

CGU Insurance plc, Norfolk  
Versicherungsbranche: 6, 7, 12  
(4. August 2006, Z FMA-VU1286.308/0001-VPR/2006)

Europai Utazasi Biztosito Rt., Budapest  
Versicherungsbranche: 1, 2, 3, 6, 7, 8, 9, 13, 14, 15, 16, 17, 18  
(4. August 2006, Z FMA-VU1285.308/0001-VPR/2006)

Erisa, Paris  
Versicherungsbranche : 19  
(6. September 2006, Z FMA-VU1289.308/0001-VPR/2006)

Neuflyze Vie, Paris  
Versicherungsbranche : 19, 21 und 23  
(7. September 2006, Z FMA-VU1293.308/0001-VPR/2006)

SANTANDER SEGUROS Y REASEGUROS, COMPANIA ASEGURADORA, S.A., Madrid  
Versicherungsbranche: 1, 8, 9, 13, 16, 17, 19 und 21  
(11. September 2006, FMA-VU1287.308/0001-VPR/2006)

UAB Commercial Union Lietuva Gyvybes draudimas, Vilnius  
Versicherungsbranche : 19, 21, 1 und 2  
(11. September 2006, Z FMA-VU1288.308/0001-VPR/2006)

Autohome Insurance Limited, Northampton  
Versicherungsbranche: 18  
(18. September 2006, Z FMA-VU1290.308/0001-VPR/2006)

F.A.T.A. s.p.a., Rom  
Versicherungsbranche : 1-9, 11-16, 18, 19, 21, 24, 23, 25  
(3. Oktober 2006, Z FMA-VU1292.308/0001-VPR/2006)

Hübener Versicherungs AG, Hamburg  
Versicherungsbranche: 1, 3, 5, 6, 7, 8, 9, 11, 12, 13, 16 und 18  
(5. Oktober 2006, Z FMA-VU1294.308/0001-VPR/2006)

LRF Försäkring Skadeförsäkringsaktiebolag, Stockholm  
Versicherungsbranche: 1, 2, 7, 13, 14, 16 und 17  
(10. Oktober 2006, Z FMA-VU1296.308/0001-VPR/2006)

Prudential Retirement Income Limited, London  
Versicherungsbranche 19  
(16. Oktober 2006, Z FMA-VU1291.308/0002-VPR/2006)

Hugo Insurance S.A., Luxemburg  
Versicherungsbranche: 7, 8, 9 und 13  
(16. Oktober 2006, Z FMA-VU1297.308/0001-VPR/2006)

Canada Life Limited, Hertfordshire  
Versicherungsbranche 19  
(18. Oktober 2006, Z FMA-VU1300.308/0001-VPR/2006)

Nord Europe Life Luxemburg, Luxemburg  
Versicherungsbranche: 19, 20, 21, 23 und 25  
(23. Oktober 2006, Z FMA-VU1295.308/0001-VPR/2006)

Infrassure Ltd., Vaduz  
Versicherungsbranche: 7, 8, 9, 13 und 16  
(24. Oktober 2006, Z FMA-VU1299.308/0001-VPR/2006)

Signal Iduna Allgemeine Versicherung AG, Dortmund  
Versicherungsbranche: 1, 3, 4, 6, 7, 8, 9, 12, 13 und 16  
(20. November 2006, Z FMA-VU1306.308/0001-VPR/2006)

Glacier Insurance AG, Vaduz  
Versicherungsbranche: 1, 3, 4, 5, 6, 7, 8, 9, 11, 12, 13, 14 und 15  
(4. Dezember 2006, Z FMA-VU1307.308/0001-VPR/2006)

Allianz, Compania de Seguros y Reaseguros, Sociedad Anonima, Madrid  
Versicherungsbranche: 8, 9, 13 und 16  
(14. Dezember 2006, Z FMA-VU1312.308/0001-VPR/2006)

Lancashire Insurance Company (UK) Limited, London  
Versicherungsbranche: 5, 6, 7, 8, 9, 11, 12, 13, 14, 16  
(21. Dezember 2006, Z FMA-VU1308.308/0001-VPR/2006)

Eurovita Assicurazioni s.p.a., Rom  
Versicherungsbranche: 19, 21, 23 und 25  
(21. Dezember 2006, Z FMA-VU1309.308/0001-VPR/2006)

Generali-Providencia-Biztosító Zrt., Budapest  
Versicherungsbranche: 6, 7, 8, 13  
(21. Dezember 2006, Z FMA-VU1311.308/0001-VPR/2006)

UNIQA poisťovňa, a.s., Bratislava  
Versicherungsbranche: 19, 20, 21  
(21. Dezember 2006, Z FMA-VU1298.308/0001-VPR/2006)

Prosec Insurance Co. Ltd., Stockholm  
Versicherungsbranche: 1, 2, 3, 4, 6, 7, 8, 9, 12, 13, 14, 16, 17  
(21. Dezember 2006, Z FMA-VU1315.308/0001-VPR/2006)

Covea Fleet, Le Mans Cedex  
Versicherungsbranche: 3, 8, 16  
(21. Dezember 2006, Z FMA-VU1316.308/0001-VPR/2006)

## **20. 2. Erweiterungen des Dienstleistungsverkehrs**

Tapiola Mutual Life Assurance Company, Tapiola  
Versicherungsbranche: 21  
(4. Jänner 2006, Z FMA-VU465.308/0001-VPR/2005)

Allianz Cornhill Insurance plc., Surrey  
Versicherungsbranche: 17a  
(5. Jänner 2006, Z FMA-VU714.308/0001-VPR/2005)

Tapiola Corporate Life Insurance Ltd., Espoo  
Versicherungsweig: 21  
(9. Jänner 2006, Z FMA-VU470.308/0001-VPR/2005)

Amtrust International Underwriters Limited, Dublin  
Versicherungsweig: 1, 2 und 18  
(25. Jänner 2006, Z FMA-VU789.308/0001-VPR/2005)

Le Sphinx Assurances Luxembourg S.A., Luxemburg  
Versicherungsweig : 8 und 9  
(3. Februar 2006, Z FMA-VU1242.308/0001-VPR/2005)

Electro Assurances S.A., Luxemburg  
Versicherungsweig: 1  
(25. April 2006, Z FMA-VU1241.308/0001-VPR/2006)

Arch Insurance Company (Europe) Limited, London  
Versicherungsweig: 3 und 4  
(12. Mai 2006, Z FMA-VU1110.308/0001-VPR/2006)

VHV Allgemeine Versicherung AG, Hannover  
Versicherungsweig 15  
(12. Mai 2006, Z FMA-VU1228.308/0001-VPR/2006)

Cardif Vie, Paris  
Versicherungsweig: 21, 1 und 2  
(12. Mai 2006, Z FMA-VU752.308/0001-VPR/2006)

AXA Art Insurance Limited, London  
Versicherungsweig: 7, 8 und 13  
(16. Mai 2006, Z FMA-VU232.308/0001-VPR/2006)

BUPA Insurance Limited, London  
Versicherungsweig : 7, 9, 13, 17 und 18  
(9. Juni 2006, Z FMA-VU948.308/0001-VPR/2006)

Deutscher Ring Lebensversicherungs-Aktiengesellschaft, Hamburg  
Versicherungsweig : 19  
(13. Juni 2006, Z FMA-VU936.308/0001-VPR/2006)

Houston Casualty Company Europe Seguros y Reasegueros S.A., Madrid  
Versicherungsweig: 16  
(30. Juni 2006, Z FMA-VU235.308/0001-VPR/2006)

Dialog Lebensversicherungs-AG, Augsburg  
Versicherungsweig: 21  
(26. Juli 2006, Z FMA-VU336.308/0001-VPR/2006)

W. R. Berkley Insurance (Europe) Ltd., London  
Versicherungsweig: 1  
(11. September 2006, Z FMA-VU1107.308/0001-VPR/2006)

Liberty Europe, Dublin  
Versicherungsweig : 12  
(29. September 2006, Z FMA-VU983.308/0001-VPR/2006)



Navigators and General Insurance Company Limited, Fareham Hampshire  
Versicherungszweige: 2, 3, 8, 9, 13, 16 und 18  
(5. Oktober 2006, Z FMA-VU747.308/0001-VPR/2006)

Deutsche Volksfürsorge Sachversicherung AG, Hamburg  
Versicherungszweig 1  
(12. Oktober 2006, Z FMA-VU434.308/0001-VPR/2006)

R+V Allgemeine Versicherung AG, Wiesbaden  
Versicherungszweige 14 und 15  
(12. Oktober 2006, Z FMA-VU724.308/0001-VPR/2006)

NIPPONKOA Insurance Company (Europe) Limited, London  
Versicherungszweige: 8, 9, 13 und 16  
(24. Oktober 2006, Z FMA-VU811.308/0002-VPR/2006)

Aviva Insurance Limited, Norfolk  
Versicherungszweige: 8, 9, 13 und 16  
(21. Dezember 2006, Z FMA-VU1286.308/0002-VPR/2006)

### **20. 3. Firmenänderungen**

Predicai Europe SA, Luxemburg  
Namensänderung auf Predica Europe  
(22. Februar 2006, Z FMA-VU928.360/0001-VPR/2006)

PFA Pension Luxembourg SA, Luxemburg  
Namensänderung auf Kaupthing Life & Pension, Luxemburg SA  
(27. Februar 2006, Z FMA-VU429.360/0001-VPR/2006)

Credit Suisse Life & Pensions (Luxembourg) SA, Luxemburg  
Namensänderung auf Winplan Assurance Luxembourg SA  
(25. April 2006, Z FMA-VU353.360/0001-VPR/2006)

Nordisk Flyforsikring A/S, Kopenhagen  
Namensänderung auf QBE Nordic Aviation Insurance A/S  
(18. Mai 2006, Z FMA-VU1266.360/0001-VPR/2006)

Allgemeine Kreditversicherung Aktiengesellschaft, Mainz  
Namensänderung auf Coface Kreditversicherung Aktiengesellschaft  
(30. Juni 2006, Z FMA-VU365.360/0001-VPR/2006)

Royal & Sun Alliance Linked Insurances Limited, Liverpool  
Namensänderung auf: Phoenix Life Limited  
(11. Juli 2006, Z FMA-VU819.360/0001-VPR/2006)

Phoenix Assurance PLC Company Limited by Share Capital, Liverpool  
Namensänderung auf: PA (GI) Limited  
(11. Juli 2006, Z FMA-VU957.308/0001-VPR/2006)

Adriatic zavarovalna druzba d.d., Koper  
Namensänderung auf: Adriatic-Slovenica zavarovalna druzba d.d.  
(12. Juli 2006, Z FMA-VU1133.302/0001-VPR/2006)

Momentum Leben AG, Vaduz  
Namensänderung auf: Quantum Leben AG  
(1. August 2006, Z FMA-VU1263.360/0001-VPR/2006)

SLLC Limited, Edinburgh  
Namensänderung auf: Standard Life Assurance Limited  
(1. August 2006, Z FMA-VU1258.360/0001-VPR/2006)

Assicurazioni Internazionali di Previdenza S.p.A., Turin  
Namensänderung auf: EurizonVita S.p.A.  
(22. September 2006, Z FMA-VU1180.360/0001-VPR/2006)

CGU Insurance plc, Norfolk  
Namensänderung auf : Aviva Insurance Limited  
(17. Oktober 2006, Z FMA-VU000.360/0002-VPR/2006)

Allianz Marine & Aviation Versicherungs-Aktiengesellschaft, Hamburg  
Namensänderung auf: Allianz Global Corporate & Specialty AG  
(13. Dezember 2006, Z FMA-VU307.302/0002-VPR/2006)

Gerling-Konzern Lebensversicherungs-AG, Köln  
Namensänderung auf: HDI-Gerling Lebensversicherung Aktiengesellschaft  
(14. Dezember 2006, Z FMA-VU322.302/0002-VPR/2006)

Le Foyer International S.A., Leudelange  
Namensänderung auf: Foyer International S.A. (FISA)  
(21. Dezember 2006, Z FMA-VU839.360/0001-VPR/2006)

#### **20. 4. Zurückziehung der Anmeldung zum Dienstleistungsverkehr**

Zurich International France, Paris  
Einstellung des Geschäftsbetriebes  
(25. Jänner 2006, Z FMA-VU900.302/0001-VPR/2006)

VHV Autoversicherung AG, Hannover  
Einstellung des Geschäftsbetriebes  
(2. Februar 2006, Z FMA-VU824.308/0001-VPR/2006)

Frankfurter Versicherungs-Aktiengesellschaft, Frankfurt / Main  
Einstellung des Geschäftsbetriebes  
(28. Februar 2006, Z FMA-VU308.308/0001-VPR/2006)

Bayerische Versicherungsbank Aktiengesellschaft, München  
Einstellung des Geschäftsbetriebes  
(28. Februar 2006, Z FMA-VU308.308/0001-VPR/2006)

Mapfre Industrial, Sociedad Anonima de Seguros, Madrid  
Einstellung des Geschäftsbetriebes  
(28. Februar 2006, Z FMA-VU776.302/0001-VPR/2006)

UMS Generali Marine s.p.a., Genova  
Einstellung des Geschäftsbetriebes  
(2. März 2006, Z FMA-VU416.302/0001-VPR/2006)

QBE Insurance Company (UK) Limited, London  
Einstellung des Geschäftsbetriebes  
(4. April 2006, Z FMA-VU741.308/0001-VPR/2006)

VA Tech Insurance (Ireland) Limited, Dublin  
Einstellung des Geschäftsbetriebes  
(14. März 2006, Z FMA-VU849.308/0001-VPR/2006)

Lawrence Life Aktiengesellschaft, Liechtenstein  
Einstellung des Geschäftsbetriebes  
(26. April 2006, Z FMA-VU975.308/0001-VPR/2006)

EWA LIFE S.A, Luxemburg  
Einstellung des Geschäftsbetriebes  
(15. Mai 2006, Z FMA-VU451.302/0001-VPR/2006)

GE Frankona Reinsurance Limited, London  
Einstellung des Geschäftsbetriebes  
(15. Mai 2006, Z FMA-VU799.302/0001-VPR/2006)

Standard Life Assurance Company, London  
Einstellung des Geschäftsbetriebes  
(15. Mai 2006, Z FMA-VU758.302/0003-VPR/2006)

Alliance Assurance Company Limited, London  
Einstellung des Geschäftsbetriebes  
(31. Mai 2006, Z FMA-VU000.302/0001-VPR/2006)

Royal & Sun Alliance Insurance plc., London  
Einstellung des Geschäftsbetriebes  
(31. Mai 2006, Z FMA-VU000.302/0001-VPR/2006)

National Vulcan Engineering Insurance Group Limited, London  
Einstellung des Geschäftsbetriebes  
(31. Mai 2006, Z FMA-VU000.302/0001-VPR/2006)

The London Assurance, London  
Einstellung des Geschäftsbetriebes  
(31. Mai 2006, Z FMA-VU000.302/0001-VPR/2006)

Sun Alliance and London Insurance plc., London  
Einstellung des Geschäftsbetriebes  
(31. Mai 2006, Z FMA-VU000.302/0001-VPR/2006)

Sun Alliance Insurance UK Limited, London  
Einstellung des Geschäftsbetriebes  
(31. Mai 2006, Z FMA-VU000.302/0001-VPR/2006)

Sun Insurance Office Limited, London  
Einstellung des Geschäftsbetriebes  
(31. Mai 2006, Z FMA-VU000.302/0001-VPR/2006)

Karstadt Quelle Versicherung Aktiengesellschaft, Fürth  
Einstellung des Geschäftsbetriebes  
(29. Juni 2006, Z FMA-VU962.308/0001-VPR/2006)

Houston Casualty Company Europe Seguros y Reaseguros S.A., Madrid  
Versicherungszweig 8  
(4. Juli 2006, Z FMA-VU235.308/0002-VPR/2006)

SL Liverpool Plc, Kent  
Einstellung des Geschäftsbetriebes  
(12. Juli 2006 Z FMA-VU982.308/0001-VPR/2006)

PA (GI) Limited, Liverpool  
Einstellung des Geschäftsbetriebes  
(11. Juli 2006, Z FMA-VU957.308/0001-VPR/2006)

NRG London Reinsurance Company Limited, London  
Einstellung des Geschäftsbetriebes  
(6. September 2006, Z FMA-VU1279.308/0003-VPR/2006)

Ancora Versicherung Aktiengesellschaft, Hamburg  
Einstellung des Geschäftsbetriebes  
(25. September 2006, Z FMA-VU877.308/0002-VPR/2006)

R + V Lebensversicherung a. G., Wiesbaden  
Einstellung des Geschäftsbetriebes  
(10. Oktober 2006, Z FMA-VU269.308/0001-VPR/2006)

Generali Vita S.p.A., Triest  
Einstellung des Geschäftsbetriebes  
(11. Oktober 2006, Z FMA-VU950.302/0001-VPR/2006)

Gothaer Allgemeine Versicherung AG, Köln  
Einstellung des Geschäftsbetriebes  
(11. Oktober 2006, Z FMA-VU186.302/0002-VPR/2006)

Nova Allgemeine Versicherung AG, Hamburg  
Einstellung des Geschäftsbetriebes  
(20. November 2006, Z FMA-VU237.302/0002-VPR/2006)

DEPFA Assurance Ltd., Dublin  
Einstellung des Geschäftsbetriebes  
(23. November 2006, Z FMA-VU1229.308/0001-VPR/2006)

Deutscher Herold Allgemeine Versicherungs-AG, Bonn  
Einstellung des Geschäftsbetriebes  
(30. November 2006, Z FMA-VU408.308/0001-VPR/2006)

Eurolife Assurance (International) Limited, Gibraltar  
Einstellung des Geschäftsbetriebes  
(21. Dezember 2006, Z FMA-VU784.308/0002-VPR/2006)

## **21. Kleine Versicherungsvereine auf Gegenseitigkeit**

### **Neufassung der Satzung**

Gitzmairische Versicherung Neuhofen, Versicherungsverein auf Gegenseitigkeit  
(1. Dezember 2005, FMA-VU514.810/0001-VPR/05)

Brandschaden Versicherung Taiskirchen, kleiner Versicherungsverein auf Gegenseitigkeit  
(17. Jänner 2006, FMA-VU524.810/0001-VPR/05)

Viehversicherungsverein auf Gegenseitigkeit Klostertal – Tannberg  
(21. Februar 2006, FMA-VU622.810/0001-VPR/06)

Bregenzerwälder Vieh- und Pferdeversicherungsverein auf Gegenseitigkeit  
(31. März 2006, FMA-VU623.810/0001-VPR/06)

Tierversicherungsverein Andelsbuch auf Gegenseitigkeit  
(2. Mai 2006, FMA-VU614.810/0001-VPR/06)

Viehversicherungsverein auf Gegenseitigkeit für das Land Vorarlberg  
(9. Mai 2006, FMA-VU625.810/0001-VPR/06)

Viehversicherungsverein auf Gegenseitigkeit Alberschwende  
(17. Mai 2006, FMA-VU613.810/0001-VPR/06)

Viehversicherungsverein auf Gegenseitigkeit Hohenems  
(30. Mai 2006, FMA-VU621.810/0001-VPR/06)

Wechselseitiger Versicherungsverein für Brandschäden in Gerersdorf NÖ  
(2. Juni 2006, FMA-VU503.810/0001-VPR/06)

Versicherungsverein Viechtwang, kleiner Versicherungsverein auf Gegenseitigkeit  
(5. Juli 2006, FMA-VU526.810/0001-VPR/06)

Wechselseitiger Pferdeversicherungsverein Sankt Georgen im Attergau  
(27. Juli 2006, FMA-VU606.810/0002-VPR/06)

Rindviehversicherungsverein auf Gegenseitigkeit Flauring  
(27. Juli 2006, FMA-VU610.810/0002-VPR/06)

Wechselseitiger Brandschaden-Versicherungsverein Wels  
(1. August 2006, FMA-VU528.810/0002-VPR/06)

Wechselseitiger Versicherungsverein Eberschwang  
(11. August 2006, FMA-VU507.810/0002-VPR/06)

Pferdeversicherungsverein auf Gegenseitigkeit Pram  
(14. August 2006, FMA-VU605.810/0002-VPR/06)

Pferdeversicherungsverein auf Gegenseitigkeit Köstendorf  
(28. August 2006, FMA-VU607.810/0001-VPR/06)

Viehversicherungsverein auf Gegenseitigkeit Schwarzenberg  
(3. November 2006, FMA-VU624.810/0001-VPR/06)

Viehversicherungsverein Oberdorf-Dornbirn Versicherung auf Gegenseitigkeit  
(20. Dezember 2006, FMA-VU618.810/0003-VPR/06)